

«Ich will, dass man reinen Tisch macht»

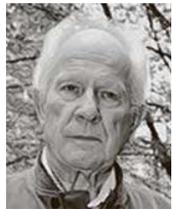
46 Jahre nach dem Terroranschlag von Würenlingen: Der Bundesrat hat seine Politik nicht geändert

Von Daniel W. Szpilman

Würenlingen. Der «Fall Würenlingen» sorgt noch immer für Schlagzeilen. NZZ-Journalist Marcel Gyr entwickelt in seinem Buch «Schweizer Terrorjahre» die These, die palästinensische Terrororganisation PLO und der damalige SP-Bundesrat Pierre Graber sowie der ehemalige Genfer SP-Nationalrat und Intellektuelle Jean Ziegler seien darin involviert gewesen.

1970 stürzte ein Passagierflugzeug der Swissair bei Würenlingen aufgrund eines Terroranschlags der PLO ab. Gyr veröffentlichte Anfang Jahr sein Buch, in dem er die These vertritt, die Schweiz habe unter Graber und mithilfe der Vermittlung Zieglers ein geheimes Stillhalteabkommen mit der PLO vereinbart.

Ob es diesen Deal gab, ist umstritten. Gyr hält an seiner These fest. Ziegler sprach in den Medien von einem «Abkommen», revidierte seine Aussage aber abschliessend.



Die frühere Bundesanwältin Carla Del Ponte widersprach Gyr, und alt Staatssekretär Franz Blankart sagte gegenüber dem *Tages-Anzeiger*, die Schweiz habe «kein Geheimabkommen mit der PLO abgeschlossen».

Was 1970 in Würenlingen geschah, ob es ein Abkommen gab oder nicht, bleibt somit im Dunkeln. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe nahm sich nun dieser Frage an.

Die BaZ machte sich auf die Suche nach Betroffenen und Zeitzeugen, die mit der «Causa Würenlingen» und dem PLO-Deal in Verbindung stehen, und konfrontierte sie mit der Tatsache, dass die Schweiz noch heute jene finanziell unterstützt, die mit dem Attentat zu tun hatten (Text unten).

«Alles eine Sauerei!»

Robert Akeret war damals der für Würenlingen zuständige Bezirksanwalt. Er war es, der die Ermittlungen in die Wege leitete, um die Drahtzieher des terroristischen Anschlags, bei dem 46 Menschen ermordet wurden, zu überführen.

Als ich den älteren Herrn telefonisch erreichte, reagiert er wutentbrannt: «Würenlingen? Ich sage nichts mehr dazu! Alles eine Sauerei!»



«Auf beiden Augen blind». Jubelnde Palästinenser nach der Sprengung von entführten Flugzeugen in Zerqa. Foto Keystone

Der Zeitzeuge Arthur Schneider – auf das Verhalten Akerets angesprochen – sagt, ich müsse mich nicht wundern: «Wenn jemand wie Akeret – pflichtbewusst als junger Staatsanwalt – Ermittlungen einleitet, weil er den Tätern das Handwerk legen will, und die Bundesanwaltschaft später das Verfahren einstellt, obwohl man hätte herausfinden können, wer die Tat begangen hat, ist es in der Tat eine Sauerei.»

1969 wurde Schneider zum CVP-Gemeinderat in Würenlingen gewählt. Später wurde er Gemeindeammann. Kurz nach seiner Wahl und dem Amtsantritt im Januar 1970 stürzte der Swissair-Flug 330 am 21. Februar 1970 aufgrund einer Bombenexplosion im Frachtraum bei Würenlingen ab. Die letzten Worte des Piloten lauteten: «Goodbye, everybody.» So heisst das Buch von Arthur Schneider, der nach wie vor in Würenlingen (4500 Einwohner) lebt. Er verfolgt den Fall bis dato.

BaZ: Herr Schneider, was ist Ihnen in den Sinn gekommen, als Marcel Gyrs Thesen in dessen Buch «Die Schweizer

Terrorjahre» publik gemacht worden sind?

Arthur Schneider: Rudi Berlinger kam mir in den Sinn, der Sohn des ermordeten Flugkapitäns Karl Berlinger, und seine Klage, wonach ihm das Recht zustehen müsse, zu wissen, ob die Mörder seines Vaters verfolgt und bestraft wurden – und wenn nicht, was die Gründe dafür seien. Diese Aussage beschäftigte mich sehr. Es gab aber viele, darunter Politiker und Bundesanwälte, die das Thema ruhen lassen wollten. Deshalb habe ich mein Buch an alle Bundesräte, die Geschäftsprüfungs- und Sicherheitskommission von National- und Ständerat und an die Bundesanwaltschaft geschickt, mit einem Begleitschreiben, in dem ich verlange, sich der Sache anzunehmen. Ich habe es persönlich adressiert, damit niemand sagen kann, man hätte von nichts gewusst. Zu jenem Zeitpunkt waren mir die Tatsachen über Graber, Ziegler und die PLO noch nicht bekannt.

Bundesrat Graber ist verstorben, Jean Ziegler lebt. Letzterer sagte, dass die Opfer nun endlich Aufklärung verdienen.

Damals kümmerte er sich nicht um die Opfer. Laut Gyr half er Graber, einen Deal mit Terroristen einzufädeln.

Ziegler muss an den Pranger gestellt werden. Dass er für solche Arrangements Türöffner gewesen ist, ist schlecht. Die Opfer wurden total vergessen! Sie erhielten Abfindungen, aber was ist das schon? Nichts. Ich will, dass man reinen Tisch macht. Das ist Aufgabe der Politik und unserer Instanzen. Ein Skandal, dass wir Privaten das aufklären müssen. Was mich ebenfalls ärgert, ist, dass man sich der 52 Kinder, die durch den Anschlag zu Halbwaisen wurden, von staatlicher Seite nie angenommen hat. Die Witwe Berlinger stand vor heute auf morgen mit vier Kindern alleine da. Ich bin froh, dass man aus den Fehlern von damals gelernt hat.

Hat man das wirklich? Heute überweist die Schweiz der Flüchtlingshilfsorganisation für Palästinenser, UNRWA, jährlich 20 Millionen Franken an Steuergeldern. Wofür diese das Geld im Detail verwendet, darüber legt sie keine nachprüfbare Rechenschaft ab. Sie verwen-

det das Geld aber unter anderem für Schulbücher für UNO-Schulen in Gaza und Ramallah, die Generationen von palästinensischen Kindern zum Hass auf Juden und Israel aufhetzen.

Das ist meines Erachtens ein Skandal. Leute, die sich zum Terrorismus bekennen, sind nur in den allerwenigsten Fällen bekehrbar. Wer das in Europa nicht sieht, ist leider Gottes auf beiden Augen blind. Man macht doch mit dem Islamischen Staat auch keine Deals. Dass man mit der PLO einen Deal mit solchen Details macht, ist für mich nicht nachvollziehbar – weder damals noch heute. Die Eidgenossenschaft hat mit ihrem Verhalten kläglich versagt und den Attentätern den Rücken gestärkt. Offensichtlich versagt sie immer noch.

«Dass Jean Ziegler für solche Arrangements Türöffner gewesen ist, ist schlecht.»

Ist Ihnen bewusst, dass die Palästinensische Autonomiebehörde Strassen nach palästinensischen Terroristen benennt, um sie zu ehren? So wäre es theoretisch möglich, dass Strassen nach den Mördern von Würenlingen benannt worden wären.

Das war mir nicht bewusst. Es gibt aber genug Leute im Parlament und in der Verwaltung, die so etwas wissen sollten. Die reisen ja herum. Und zu den 20 Millionen: Ich habe 40 Jahre für eine Behörde gearbeitet. Wir mussten jeden Franken rechtfertigen, den wir ausgaben. Und wenn wir es nicht rechtfertigen konnten, kam immer einer an der Gemeindeversammlung, der nachgerechnet hat und wissen wollte, was wir mit dem Batzen gemacht haben. Wenn man auf Stufe Bund Millionen verteilt, ohne Rechenschaft zu verlangen, zeugt das von einer Systemschwäche. Ich hoffe sehr, dass die Geschäftsprüfungs- und die Sicherheitskommission das gründlichst prüfen.

Nach meinem Gespräch mit Schneider versuchte ich, Rudi Berlinger zu kontaktieren. Dieser wollte jedoch kein Interview gewähren. Es sei zurzeit sehr viel auf einmal und er brauche Ruhe. Berlinger erwähnte allerdings, dass er glücklich sei, dass immer mehr ans Tageslicht komme.

Wie mit Steuergeldern palästinensischer Terror finanziert wird

Die Schweiz zahlt Millionen an Palästina-Hilfswerke und damit indirekt auch an die terroristische Hamas

Von Daniel W. Szpilman

Bern. Jährlich überweist die Schweiz Gelder an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). 2012 bis 2014 flossen gemäss Aussendepartement (EDA) 57,8 Millionen Franken in die palästinensischen Autonomiegebiete. Für 2016 genehmigte der Bundesrat im Dezember Zahlungen in Höhe von weiteren 18,5 Millionen Franken, um Schulen zu finanzieren und Gesundheitskosten für Palästinenser zu decken.

Gemäss Weltbank erhielten die Palästinenser 1993 insgesamt noch 178 Millionen Dollar an Entwicklungshilfe; in den folgenden Jahren vervielfachte sich der Betrag. 2013 waren es dann 2,6 Milliarden, 2009 sogar 2,9 Milliarden. Unter Berücksichtigung der Teuerungsrate erhielten die Palästinenser also 25-mal mehr Hilfsgelder pro Kopf als das kriegszerstörte Europa durch den Marshallplan für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, besagt die neuste Studie des Jerusalem Institute of Justice.

Was in den von der UNRWA finanzierten Schulen gelehrt wird, darüber legen die Palästinenser keine Rechenschaft ab, aber man kann es nachprüfen. Bereits 2001 berichteten deutsche Zeitungen, welche Botschaften sich in den Schulbüchern für Palästinenserkinder finden. So schrieb die *Welt*: «In den Schulbüchern wird unverstellt Antise-

mitismus propagiert. «Nimm dich vor den Juden in Acht, denn sie sind betrügerisch und unloyal», heisst es in einem Schulbuch für die 9. Klasse, das den Titel «Islamische Erziehung» trägt. Folgen für die Subventionen aus der Schweiz hatte das bisher nicht. Auch Lehrpersonen werden von diesem Geld bezahlt.

Schulen als Raketenlager

Der Hamas-Islamist und spätere (mehrfach für Folter angeprangerte) palästinensische Innenminister Said Seyam war gemäss *BBC* 1980 bis 2003 Mathematiklehrer bei der UNRWA. Er gehörte – als Hamas-Frontmann erster Stunde – zu der Sorte von Terroristen, die Anschläge wie jenen in Würenlingen mitverantworteten und guthiessen. Mehrmals hat die UNRWA einräumen müssen, dass ihre Einrichtungen von Terrororganisation militärisch verwendet werden. So wurden im Sommer 2014 UNO-Schulen als Raketenlager und als Abschussstützpunkte verwendet. Am 22. Juli 2014 veröffentlichte die UNRWA sogar eine Pressemitteilung und räumte ein, es seien Waffen gefunden worden. Diese seien den lokalen Behörden übergeben worden. Mit lokalen Behörden meinte das UNRWA die islamistische Hamas.

Es gibt bei der UNO zwei Flüchtlingshilfswerke: das allgemeine Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) sowie das UNRWA, das nur für Palästi-

nenser da ist. Das UNRWA ist finanziell besser ausgestattet als das UNHCR. Letzteres hat ein Budget von vier Milliarden Dollar bei derzeit 51 Millionen Flüchtlingen weltweit, das UNRWA hat ein Budget von zwei Milliarden Dollar für ihre rund fünf Millionen Klienten. Das ist pro Person eine fünfmal grössere Summe. Das UNRWA ist mit 30 000 Angestellten, davon 28 800 Palästinensern, die grösste UNO-Organisation weltweit.

Die Schweiz schafft mit ihren Steuergeldern also Jobs für Palästinenser, während anti-israelische NGOs zum Boykott gegen Israel aufrufen und so unter anderem auch palästinensische Arbeitsplätze vernichten. Wie im Fall des israelischen Getränkeherstellers Sodastream, der wegen des Boykotts westlicher NGOs eine Fabrik schliessen und 500 Palästinenser entlassen musste. Diese erhalten nun statt 1200 Euro Lohn monatlich 325 Euro Arbeitslosengeld. «Dies ist der Preis für die Befreiung Palästinas», sagte ein hochrangiger NGO-Vertreter damals gegenüber israelischen Medien. Nationalrat Alfred Heer (SVP, ZH), von der BaZ darauf angesprochen, sagt: «Die Armut wird schon fast bewirtschaftet, damit erkleckliche Summen an Hilfsgeldern nach Gaza und damit leider auch in «korrupte» Taschen der dort regierenden Personen fliessen.»

Doch die Schweiz verteilt ihr Steuergeld nicht nur an das UNRWA, sondern zum Beispiel auch an das Human Right

and International Humanitarian Law Secretariat (Sekretariat für Menschenrechte und humanitäres Recht), das in Gaza und Ramallah ansässig ist. Diese Organisation erhält bis Juni 2017 vom Bund drei Millionen Franken, um sie an palästinensische NGOs zu verteilen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche, die zum Boykott Israels und seiner Produkte offen aufrufen. Dies, obwohl sich der Bundesrat offiziell gegen einen Boykott aussprach.

Eine dieser NGOs ist die Palestinian Peace Coalition. Diese wurde von der Schweiz jährlich mit sechsstelligen Beträgen überhäuft. Im August 2015 liess Palästinenserpräsident Mahmud Abbas diese NGO per Dekret auflösen und beschlagnahmte ihr Vermögen für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Die Konten anderer NGOs liess er einfrieren. Doch die Welt versorgt diese NGOs weiterhin mit finanziellen Mitteln. Wo landet das Geld?

Renten für Attentäter

Mutmasslich bei der PA, die von der terroristischen Hamas und der islamistisch-nationalistischen und gemäss Parteiprogramm ebenfalls sozialistischen Fatah dominiert wird. Abbas, seit Jahren Präsident der PA, trifft sich regelmässig mit den Familien von Terroristen, die im «Heiligen Krieg» gegen «Israel und den Westen» gestorben oder gefangen genommen worden sind. An diese Familien werden seit Jahrzehnten

Renten bezahlt. Daraus wird kein Geheimnis gemacht: Der damalige palästinensische Premierminister Salam Fayyad verdreifachte diese Renten im Jahr 2011. Somit gab die PA im Mai 2011 6,5 Millionen Dollar für Renten für Hinterbliebene von Selbstmordattentätern aus. Zusammen mit den 4,5 Millionen Dollar, welche die PA an gefangen genommene Terroristen und Attentäter in israelischen Gefängnissen jährlich ausschüttet, macht das rund sechs Prozent des Budgets der PA aus. Terroristen, die seit 30 Jahren wegen mehrfachen Mordes in israelischen Gefängnissen sitzen, erhalten von der PA rund 3000 Franken monatlich an Lohn.

Vom Staat im Stich gelassen

46 Jahre nach den Morden von Würenlingen hat der Bund seine Politik gegenüber Terroristen offensichtlich nicht geändert. Wenn Hamas-Raketen auf Tel Aviv geschossen werden, könnten sie mit Schweizer Geld finanziert worden sein.

Dass damals die Opfer von Würenlingen Schweizer und nicht Israelis gewesen sind, scheint die eidgenössische Verwaltung und die Politik nicht zu einem Umdenken zu bewegen. Währenddessen wurden die Hinterbliebenen von Würenlingen vom Staat belogen und im Stich gelassen. Dabei sollte «reiner Tisch» gemacht werden, wie Arthur Schneider sagt.